

VEREINSANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Die bürgerlichen Sozialreformer.

I.

Die „Gesellschaft für soziale Reform“, eine Gründung des früheren preußischen Ministers Freiherr v. Berlepsch, hielt in vergangener Woche in Köln ihre erste Generalversammlung ab. Die Gesellschaft, ein Sammelsurium bürgerlicher Arbeitersfreunde (mit und ohne „“) will nach den Worten ihres Vorsitzenden „neben der Förderung des Arbeiterschuhes besonders die Reform des Koalitions- und Vereinsrechts der Arbeiter, sie will das Koalitionsrecht der Arbeiter von den Fesseln befreien, die ihm noch anhaften. Die Beschränkung des Vereinsrechts nützt nichts, sie hindert vielmehr die nützlichsten Bestrebungen der Arbeiter. Es ist ungünstig, wenn die gesetzliche Bestimmungen und die Handhabung derselben die Arbeiter daran hindern, sich in Berufskreisen zu sammeln. Die heutige Versammlung soll werben für die Gesellschaft für soziale Reform. Durch den Beitritt von mehr als 100 Arbeiterorganisationen haben sich 400 000—500 000 Arbeiter mit den Grundsätzen der Gesellschaft einverstanden erklärt. (?) Wenn die Gesellschaft in Arbeiterkreisen zahlreiche Freunde zählt, so fehlt die Theilnahme aus gebildeten und besitzenden Kreisen. Mögen besonders aus diesen Kreisen der Gesellschaft zahlreiche neue Mitglieder zugeführt werden. Wir haben nichts anderes im Auge als ein ideales Ziel und das Wohl des Vaterlandes.“ Und der Kölner Reichstagabgeordnete, Justizrat Trimborn, fügte hinzu, „die Gesellschaft diene den höchsten Idealen des Volkslebens, dem Wohl des heiligsten Vaterlandes. Wir wollen nichts mehr und nichts weniger, als das Glück und die Zufriedenheit in der letzten Arbeiterhütte sichern und vermehren.“

Dieses Schwärmen für die höchsten Ideale des Volkslebens und das Glück der Arbeiter berührt um so eigenthümlicher, wenn man weiß, daß Herr Trimborn ein Heißsporn der Zentrumspartei ist, deren parlamentarische Thätigkeit des letzten Jahrzehnts (Bewilligung für die Flotte und den Militarismus, Eintreten für die Zollpolitik usw.) verteuft wenig zum Wohle des arbeitenden Volkes beigetragen hat. Ob sich die Zentrumsluguren wohl nicht gegenseitig angelacht haben, als sie diese tönenben Phrasen hörten?

Der erste Gegenstand, der auf der Generalversammlung zur Verhandlung gelangte, war recht zeitgemäß. Der Generalsekretär des „Volksvereins für das katholische Deutschland“, Dr. August Pieper, referierte über „die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen und die Erhöhung des Gehalters für jugendliche Arbeiter in Fabriken“. Wenn auch das Referat keine neuen Geboten enthielt, so verdient es doch Anerkennung, daß auch aus bürgerlichen Kreisen heraus die Notwendigkeit einer kürzeren Arbeitszeit und eines höheren Arbeitslohnes betont wird. „Die Mitglieder der „Gesellschaft für soziale Reform“, so führte Rebner aus, „haben stets mit Nachdruck betont, daß die Förderung des nationalen Fortschrittes ihnen als vornehmlichstes Ziel ihrer Bestrebungen zur Hebung des Arbeiterstandes vorschwebt. Sie sind der Überzeugung, durch eine dem wirtschaftlichen Fortschritte angepaßte Förderung der Industrie zu dienen, ja ein Gebot des wirtschaftlichen Fortschritts zu erfüllen. Wir dürfen uns nicht begnügen, dort stehen zu bleiben, wohin vor zwölf Jahren der Anfang der Arbeiterzuhausegabung uns gebracht hat. Dagegen Einspruch zu erheben, haben einsichtige Vertreter der Industrie am wenigsten Grund. Wenn sie der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihr Auge nicht verschließen, müssen sie vielmehr die Überzeugung gewinnen, daß das Prinzip der Wirtschaftlichkeit die Fortführung der Sozialreform ebenso fordert, wie die Förderung des technischen und kommerziellen Fortschrittes.“

In längerer Ausführung dieses Gedankens fährt dann Referent fort: „Gleichzeitig mit der Hebung der technischen Leistungsfähigkeit macht sich auch die Notwendigkeit geltend, auf die Hebung der Leistungsfähigkeit der im Betrieb eingestellten Arbeitskräfte bedacht zu sein. Diese läßt sich dem Arbeiter nicht abringen; man muß ihn vielmehr an derselben interessieren. Das ist aber nur möglich bei einem Arbeiter, der Bedürfnisse und zwar steigende Bedürfnisse hat. Der Sklave, dessen Lebenshaltung auf dem Existenzminimum

niebergehalten wird, dem keine Gelegenheit gegeben ist, seine Persönlichkeit in freier Bewegung zu entfalten, wird nie seiner Arbeit Interesse beweisen und deshalb zu qualifizierter Arbeit nie zu gebrauchen sein. Der beste Arbeiter der Welt ist heute der mit den höchsten Bedürfnissen, wie etwa der Baumwollarbeiter zu Löwe und Fall River alle seine Berufsgenosse an Arbeitsleistung, aber auch an Bedürfnissen übertrifft.“

Wir sehen den vorwärtsstrebenden modernen Industriearbeiter raschlos bestrebt, durch möglichst qualifizierte Leistung seine Lebenshaltung zu steigern. Ein hoher Lohn interessiert ihn an erster Stelle, da er ihm die Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse bietet; dafür ist er aber auch gewillt, intensiv zu arbeiten. Gleich an zweiter Stelle strebt er aber auch nach kurzer Arbeitszeit, einmal aus hygienischen Rücksichten, um seine Arbeitskraft ungeschwächt zu erhalten, sodann um in der vermehrten freien Zeit seine höheren Bedürfnisse, Geistesbildung, Pflege des Familienlebens, Theilnahme an den sozialen Bestrebungen seines Standes, am politischen Leben usw. befriedigen zu können. Schon aus eigenem Interesse aber muß er darauf bedacht sein, in verkürzter Arbeitszeit zum wenigsten dasselbe zu leisten, wie früher in einer längeren; da ihm dieses nur in geringem Maße, soweit es auf seine intensive Thätigkeit ankommt, möglich ist, muß er auf Verbesserung der Technik drängen und dahin streben, eine möglichst große und komplizierte Maschinerie zu bedienen.

Es leuchtet ein, daß ein moderner, voranstrebender Unternehmer nur mit solchen modernen Arbeitern das Ziel der Verbesserung der Produktionskosten erreichen kann. Die Benutzung veralteter, vom technischen Fortschritt überholter Maschinen und Betriebseinrichtungen erweist sich je länger je mehr ebenso zu teuer wie niedrige Löhne und lange Arbeitszeit, welch letztere die Entwicklung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter wie auch die Verbesserung der Technik erfahrungsgemäß hintanhält. Insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit erweist sich aus verschiedenen Gründen als eine Förderung des industriellen Fortschrittes und eines rationellen Betriebes. Es ist billiger, die Arbeitskraft in neun als in elf Stunden zu erschöpfen, zunächst weil vom Arbeiter im Großbetriebe vor allem bei qualifizierter Produktion nicht die Muskelkraft, nicht die Entwicklung gleichmäßiger geschickter Handgriffe verlangt wird, sondern seine Aufgabe vor allem in der bestmöglichen Beaufsichtigung und Leitung der maschinellen Produktion besteht, die an Dimensionen, Geschwindigkeit der Produktion, Kraft, Kompliziertheiten stetig zunimmt. Kurze Arbeitszeit, in der auch gegen den Schluss keine Ermüdung beim Arbeiter eintritt, die eine Ruhezeit zur physischen und geistigen Erholung freiläßt, nach der der Arbeiter frisch wieder an die Arbeit tritt, ist auch für den Unternehmer die nutzbringendste. Über den Preis der Ware auf dem Markt entscheidet mit an erster Stelle die Qualität der Leistung, Feinheit der Ausarbeitung, Gefälligkeit der Form usw., die dem Geschmack des Publikums entgegenkommt. Auch hier sieht der Unternehmer den Erfolg abhängig von der Einfachheit und Geschicklichkeit der Arbeiter, die er aber erfahrungsgemäß nur von einem gutgelohnten und in nicht zu langer Arbeitszeit beschäftigten Arbeiter erwarten kann.“

Wie man sieht, verfolgt der Referent offenkundig den Zweck, dem Unternehmertum die Arbeitszeitverkürzung mungerecht und schmackhaft zu machen. Deswegen weist er darauf hin, daß dort, wo die gewerkschaftlichen Organisationen den Zehnstundentag erkämpft haben, keine Schädigung der Industrie eingetreten sei. Besonders für Arbeiterinnen erscheint ihm der Zehnstundentag als eine dringende Forderung. Weil er aber das deutsche Unternehmertum kennt, so weiß er, daß sich dasselbe freiwillig niemals zu einer Arbeitszeitverkürzung herbeileiten wird. „Nach Lage der Verhältnisse“, so meint er, und wohl mit Recht, „wird aber nur von einem gesetzlichen Druck die allgemeine Einführung des Zehnstundentages wenigstens für Arbeiterinnen zu erwarten sein, da es nie an Unternehmern fehlt, die ebenso wie mit technisch rückständigen Betriebseinrichtungen so auch mit niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten noch einen Vortheil im Wettbewerbe erlangen zu können glauben. Es muß befremden, wenn auf die jüngst vom Reichskanzler von den Gewerbeaufsichtsbeamten geforderte Umfrage, betreffend Verkürzung der Arbeitszeit, manche

Fabrikanten-Vereinigungen und Handelskammern, ja sogar in rheinischen Industriebezirke, kurzweg ablehnend sich gleichart haben. Entweder fehlt es dabei an einer eingehenden Begründung, indem sie sich begnügten zu betonen, daß „erhebliche Unzuträglichkeiten“ mit der Einführung des Zehnstundentages für Arbeiterinnen verbunden seien, oder es werden einige wenige Gründe angeführt, die sich als Befürchtungen einer damit verbundenen Produktionsminderung darstellen. Diese Befürchtungen können aber um so weniger Eindruck machen, als sie stereotyp vor jedem beachtigten Schritte der gesetzlichen Sozialreform geäußert wurden und ebenso regelmäßig durch die Entwicklung der Verhältnisse nach Durchführung der Reformen als hofflos erwiesen wurden. Behauptungen, wie z. B. daß in den meisten Fällen eine Steigerung der Arbeitsleistung nicht möglich sei, da der Arbeiter lediglich die Maschinen im Gange zu halten habe und durch besondere Geschicklichkeit wenig zur Vergrößerung der Produktion beitragen könne, werden durch die Entwicklung der deutschen Industrie gerade in den größeren Industriebezirken widerlegt.“

Der ursprünglichen Tagesordnung aufsorge sollte Fräulein Helene Simon aus Berlin nunmehr im Speziellen die Notwendigkeit einer Verkürzung der Frauenarbeit begründen, doch hatte man die Rechnung ohne — die Kölner Polizei gemacht. Diese hatte es nämlich verboten, daß Fräulein Simon sprach. Weibliche Personen haben also nach Ansicht der Kölner Polizei den Mund zu halten, wenn es sich um ihre eigenen, ureigensten Angelegenheiten handelt. Der Vorsitzende, Freiherr von Berlepsch, tadelte dieses polizeiliche Verbot. Nur schade, daß er früher, als er noch Minister war, nichts gethan hat, um verartige vorschriftsmäßliche Bestimmungen zu beseitigen. Das Referat, das Fräulein Simon ausgearbeitet hatte, wurde deshalb verlesen. Eingehend verbreitete sich dasselbe zunächst über die Ansänge des Arbeiterschulzen, legte insbesondere die schrecklichen Nebenstände der Kinderarbeit dar und berichtete über die Maßnahmen, die in dieser Hinsicht bereits getroffen sind und noch zu fordern seien. Das Interesse des Staates verlangt aber mehr als direkte Maßregeln zum Schutz der Kinder und jugendlichen Arbeiter, wolle er einen gefunden, thatkräftigen Arbeiterstand großziehen. Denn die Gefahren beginnen lange vor dem Eintritt in das gewerbliche Leben, ja lange vor der Geburt. Der Staat muß den Kindern die Mütter zurügeben — gesunde Mütter. „Infolge von Überarbeitung wächst ein bleichsüchtiges, geistig unentwickeltes, städtisch tiefstehendes Frauengeschlecht heran, fern den Kulturstudien, ohne Anteil an den Bestrebungen der männlichen Arbeiter, versinkt in seiner Sonderart als Weib, das weder den körperlichen noch den seelischen Anforderungen der Gattin und Mutter zu genügen vermag. Es hat sich ergeben, daß die gewerbliche Arbeit die Frau mehr gefährdet als den Mann, thils infolge ihrer schlechten Lebenshaltung und der Belastung durch häusliche Pflichten, thils durch die stärkere physiologische Beanspruchung des weiblichen Organismus.“

Unter lebhaftem Beifall sprach der Vorsitzende ber als „unbeherrschte Bühdlerin“ anwesenden Referentin den herzlichen Dank der Versammlung aus und bedauerte, daß das Referat nicht durch persönlichen Vortrag voll zur Geltung kommen konnte. Mit seiner Ironie fügte er hinzu, daß Fräulein Simon den Dank hoffentlich annehmen werde, wenn sie dies auch — den polizeilichen Bestimmungen entsprechend — weder durch Miene noch Gebärde zum Ausdruck bringen dürfe. Es ist wirklich tieftraurig und wirkt ein eigenhümliches Bild auf unsere Rechte als Staatsbürger, daß die Polizei ernste Männer zwingt, in solcher Art Komödie zu spielen. Aus der Diskussion über das Referat wollen wir nur hervorheben, daß Kommerzienrat Wolff aus Köln sich gegen die Forderung wandte, die Frauenarbeit in den Fabriken gesetzlich zu beschränken. Die Festsetzung der Länge der Arbeitszeit müsse man dem Wohlwollen der Fabrikanten überlassen. Wahrlieb ein merkwürdiger Sozialreformer, dieser Herr Kommerzienrat! Natürlich, seine Frau und seine Töchter arbeiten eben nicht in Fabriken.

Schildbürgereien.

Zu all den Orten, wo bisher die Anmungen mit unsferen Kollegen resp. Verwaltungen Tarifvereinbarungen getroffen, konnte man wahrnehmen, daß die Meister bestrebt waren, die gestandenen früher aufgestellten Preislisten für Maler-, Anstreicher- und Lackierarbeiter zu revidiren, d. h. höhere Preise in Vorschlag zu bringen. Man darf nur beispielhaft die verschiedenen Zahlungen des Malertkalenders zur Hand nehmen und die jehigen Preislisten einzelner Gesellschaften in Vergleich zu früher stellen; daß natürlich in Wiellichkeit die größte Anzahl der Meister sich wenig oder garnicht an diese Abmachungen lehrt, ist eine andere Sache, auf die wir nicht einzugehen brauchen.

Von Interesse wreb dagegen für unsere Leser ein Beschluss der Dresdener Maler- (Blaugärtner-) Zunftung in ihrer letzten Versammlung sein, der den Geist so recht deutlich dokumentirt, der in diesen Kreisen noch anzufinden ist.

Im Jahre 1885 ist von Seiten der damals freien Zunftung ein Tarif ausgearbeitet worden, welcher den Zweck hat, den Mitgliedern einen Inhalt darüber zu geben, in welcher Höhe etwa auszuführende Malerarbeiten zu übernehmen sind. Wer nun meint, daß die Herren es sich jetzt angelegen sein lassen sollten, diesen Preistarif nach einer so langen Zeit einmal einer Revision zu unterwerfen, dahingehend, daß die darin vorgemerkt Preise wohl nicht mehr den jehigen Verhältnissen entsprechen, der sollte sich nicht getäuscht haben. Ein Meister stellte nämlich den Antrag, eine Kommission zu wählen, welche sich damit zu befassen habe, den jetzt bestehenden Preistarif einer eingehenden Revision zu unterwerfen. Zur Begründung des Antrages führte er aus, „daß in dem Preistarif Preise vorgesehen seien, die niemand von der Kundschaft fordern könne, und meint, daß er, wenn er diese Preise fordern würde, befürchte, hinausgeworfen zu werden. Es sei ferner nicht möglich, mit dem Preistarife das Vertrauen der Kundschaft zu gewinnen, da man doch in Betracht ziehen müsse, daß man es in gewisser Beziehung nicht mehr mit Leuten zu thun habe, indem doch viele Leute z. B. ihre Rüßbänder selbst anstreichen und es daher wüssten, wie viel Untosten dadurch entstehen, resp. wieviel die Farbe koste und wieviel Arbeitslohn event. zur Berechnung kommen könne usw. Er sei also dafür, daß die Preise in dem Tarife auf alle Fälle bedeutend heruntergelegt werden müßten.“

Dann sollte es für unmöglich halten, daß sich für einen solchen Antrag auch nur eine Stimme erheben könne, aber man muß bedenken, daß man in Dresden erleben kann, was man schwerlich in einem Krähwinkel erleben wird. Nicht nur Unterstübung fand dieses Urteil von Antrag, sondern sogar eifrige Befürworter. Verstieg sich doch einer der Herren Meister zu dem weisen Ausspruch, daß sie (die Meister) fernerhin bei den hohen Preisen gar keine Arbeit mehr bekommen, daß vielmehr das Publikum Decken und Wände einfach würde tapetieren lassen oder dem Scharwerksmaurer die Arbeit übergebe. Kurz und gut, der Antrag wurde angenommen, und eine Unzahl Meister hat sich jetzt damit zu befassen, den Zunftungstarif wieder zu richten.

Dies könnte uns ja nun alles vollständig salt lassen. Mögen sich die Herren den Banferott an den Hals revidiren, wenn nur die Sache nicht noch eine unangenehme Seite hätte. Wie bei allem, was die Herren zur „Hebung des Handwerks“ unternehmen, werden auch unsere Kollegen als Arbeiter die Kosten tragen sollen. Denn es ist doch klar und muß jedem einleuchten, der unser Unternehmerthum kennt, daß dies den Aussall an Profit, der ihnen durch eine Rückwärtsrevidierung entsteht, doch immer wieder aus den Arbeiten herauspreßt oder dies wenigstens versucht, wenn nicht scharf ausgeprägt wird. Sache der organisierten Kollegen wird es sein, zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, ihr Fell zu Markt zu tragen, wenn die Herren es für gut befinden, durch irgend eine schuldbürgersche Maßregel den „goldenem Boden des Handwerks“ wieder herzozieren zu wollen.

Daß ferner die Herren Meister es darauf abgesehen haben, den mit so vieler Mühe errungenen, leider noch lächerlich niedrigen Minimaltarif uns so viel wie möglich illusorisch zu machen, beweist ein Antrag, welcher gegen einige wenige Stimmen Annahme fand. Derselbe Herr, welcher den ersten Antrag eingebracht hatte, brachte auch unter anderem den Antrag ein: „eine Normalleistung festzulegen, welche jeder Gehilfe zu leisten hätte, um Anspruch auf den Minimallohn zu machen.“ Obwohl sich der Gehilfenausschuß scharf dagegen wandte, fand auch dieser Antrag Annahme, nachdem man vorläufig dem Gehilfenausschuß das Recht absprach, mit hineinreden zu dürfen. Der vorsitzende Obermeister war wohl formell im Recht, jedoch hatte der Gehilfenausschuß schon gesagt, was zu sagen nöthig war.

Aus obigen angenommenen Anträgen sieht man, daß die Dresdener Malermeister etwas fertig bringen, was ihnen nur den Fluch der Lächerlichkeit einbringen wird. Anerkannt muß allerdingßwerben, daß sich einige Inhaber älterer und solider Geschäfte nicht für den erstgenannten Antrag begeistern könnten, sondern der erste Antrag fand hauptsächlich die zubehörende Zustimmung kleinerer Unternehmer, welche diese ihre Zustimmung damit begründeten, sie müßten, um lebensfähig bleiben zu können, den schlechten wirthschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Man sieht also, was man von solchen Arbeitgebern zu erwarten hat. Alles, was diese Herren thun, trägt den Stempel der Rückständigkeit an der Stirn.

Aus unserem Berufe.

Breitwagen in Bremen.

Zum Frühjahr sowohl wie in den Sommermonaten macht sich hier eine Arbeitslosigkeit bemerkbar, wie man sie in früheren Jahren in dieser Zeit nicht kannte. Infolgedessen konnte es nicht ausbleiben, daß das Angebot der Arbeitskräfte die Nachfrage überstieg. Der große Zugang, unter dem wir zu leiden, und der Aussfall an Privatarbeit, der höchst auffällig war, trugen gleichfalls viel mit dazu bei. Die Filiale sah sich deshalb veranlaßt, über die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine Statistik zu erheben, die sich vom Januar bis Ende Juni ds. Jhs. erstreckt. Von 500 ausgegebenen Fragebogen kamen 362 wieder ein. Es sollte darin festgestellt werden, wie hoch der Lohn vor und wie hoch er nach dem Streik 1901 war und die Dauer der Arbeitslosigkeit. Als Resultat ergab sich, daß, während vor dem Streik 109 der Befragten Löhne von 34—48½ M bezogen, es nach dem Streik nur noch 15 Kollegen waren, wovon nur 3 unter 46½ M erhielten; dagegen stieg die Zahl derer, die von 49 bis 60 M Stundenlohn erhielten, wovon 145 vor dem Streik auf 257 nach demselben und auch die Zahl der wenigen Kollegen, die über 60 M Stundenlohn erhielten, stieg von 5 vor auf 9 nach dem Streik.

Neben dem Punkt „Arbeitslosigkeit“ war festzustellen, daß in den sechs Monaten von den Beteiligten 258 8552 Tage arbeitslos waren, das wäre auf den einzelnen Fall 33 Tage oder 22 Tage auf den einzelnen der insgesamt an der Sta-

listit betheiligten, wovon 12 Tage auf Januar, 6 Tage auf Februar, 3 Tage auf März und je 1 Tag auf die Monate April, Mai und Juni entfielen.

Auf Grund dieser leichteren Feststellung würde das Einkommen eines Kollegen bei 50 % Stundenlohn berechnet betragen haben: im Januar 42,25 M.; im Februar 60 M.; im März 88 M.; im April 112,50 M.; im Mai 102,50 M. und im Juni 105 M.; in Summa also 510,25 M.; davon in Abrechnung 12,90 M. für Kraut- und Invaliditätsbeiträge so würde das Netto-Einkommen 497,35 M. in sechs Monaten bei 33 Tagen Arbeitslosigkeit in Bremen ausmachen oder 394,70 M. im Jahr. Aber daß wären noch vom Glück begünstigte Kollegen, die in einem Jahre durchschnittlich nur 33 Tage arbeitslos sind! Wie viele Kollegen werden die doppelte und dreifache Zeitbauer von diesem Gespenst betroffen? Dazu kommt in immer stärkerem Maße die Unsicherheit selbst in den sonst für unseren Beruf günstig sein sollen Monaten.

Selbst der Kollege, der wirtlich das ganze Jahr bei 50 % Glückslohn durcharbeiten kann, erzielt nur ein Jahreseinkommen von 1200 M.

Rechnet man nun bei einem verheiratheten Kollegen, daß dasfalle 200 M. aufkata zahlen muß hier am Ort seines

dass derselbe 300,- Miethe zahlen muss hier am Ort, sowie
30,- M Steuern (Bremen hat ja bekanntlich die meisten Schul-
den und deshalb so hohe Steuern) und zieht diese Summe
von dem Lohn von 994.70,- ab, dann bleibt noch zum Leben
664.70,- M, davon soll nun Alles bestritten werden, Kleidung,
Feuerung, Licht usw. Es würde also auf den Tag 1.50,- M
zum Lebensunterhalt kommen. Wie das möglich ist, mit
diesem Geld, namentlich bei einer 4—5köpfigen Familie, aus-
zukommen, mag sich jeder selbst ausschrechnen? Welch' Zeter-
geschei stiftete im vorigen Jahr die ganze Unternehmersippe
an, als die Bremischen Kollegen sich veranlaßt sahen, eine
Lohnforderung zu stellen und den Minimallohn auf 52,- zu
erhöhen, sowie den älteren eine 10prozentige Lohnerhöhung
zu bewilligen? Wie klar zeigt dieses Bild, dass unsere For-
derung nur eine ganz minimale war, die wir an die Arbeit-
geber stellten. Da man schrie von Unverschämtheit, propaga-
dierte in den Zeitungen mit Statistiken aus Lohnbüchern zu-
sammengestellt (natürlich nur Stundenlöhne), um dem Publi-
kum zu zeigen, welche Unverschämtheit es sei, an die Arbeit-
geber solche Forderungen zu stellen. Trotz vielfacher Er-
widерung unsererseits, man solle einmal den Zahresver-
dienst eines Maler gehülfen feststellen, gingen die Herren
wohlweislich aus dem Wege. Es hätte dem Publikum und
der Freundschaft denn doch auffällig erscheinen können, wenn sie
die Preise der Malermeister dem horrenden Zahresver-
dienst eines Maler gehülfen gegenübergestellt hätten. Da
einige der Herren meinten, wenn man Minimallohn stelle,
müsste man auch Minimalleistung in den Tarif aufnehmen;
hier muss natürlich gleich bemerkt werden, dass diese Minimal-
leistungsverlänger schon dermaßen die Arbeitsfrust bei ihnen
sogen. Klamottenbauten ausheutzen, dass man nicht weiß, was
bei denen noch Minimaleistung heißt, denn den Tag
22 Thürlseiten in zwei Farben zu streichen, Sitten und Schlei-
fen, ist einfach bei diesen Herren ganz selbstverständlich.

Nun, Kollegen, unsere Aufgabe muß es sein, die Forberung von 52 ♂ unbedingt zum Durchbruch zu bringen und die Bremischen Kollegen werden Kraft ihrer Organisation dafür sorgen, daß dieses geschieht. Eines sei hier zur Statistik noch zu bemerken betreffs der Steigerung der Löhne und dieses mögen diejenigen Kollegen sich zur Notiz nehmen, die da glauben und sagen: „Was müht denn ein Streit über die ganze Organisation!“ sowie diejenigen, welche bei einer Lohnbewegung Streitbrecherdienste leisten: Die Statistik zeigt hier, daß eine Lohnbewegung trotzdem eine Steigerung der Löhne zur Folg hat. Der gestellte Minimallohn von 52 ♂ kam zwar nicht ganz zur Annahme, doch ist aus den statistischen Aufnahmen zu ersehen, daß nach dem Streit eine sehr geringe Anzahl von Kollegen zu niedrigen Löhnen noch arbeitet. Die Zahlen beweisen deutlich, was die Organisation geleistet und wie es heutigentags unmöglich ist, ohne Organisation noch menschenwürdig zu leben. Darum, Kollegen, Voraus, schließt Euch alle der Vereinigung an!

† Berufsunfälle. Köln. Am 30. September stürzte der zwanzigjährige Anstreicher Carl Löwe aus Bremen aus der Höhe der dritten Etage von einem Leitergerüst in den mit Asphalt gepflasterten Hof. Die Feuerwehr, welche gleich zur Stelle war, schaffte den Bedauernswertigen in das städtische Krankenhaus, woselbst er bald darauf starb. — Am 2. Oktober stürzte in Köln ein beim Anstreichen der Masten der elektrischen Straßenbahn beschäftigter Anstreicher aus beträchtlicher Höhe von einer Leiter. Der Verunglückte wurde mit einem städtischen Krankenwagen zum Bürgerhospital gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

+ Die Bleiweißfrage auf dem Kongress der „Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz“ in Köln. Es gelangte, wie berichtet wird, eine Erklärung zur Annahme, in der die Einsetzung einer Kommission beschlossen wurde, die Mittel und Wege suchen soll, um ein die gesundheitsschädigenden Wirkungen des Phosphors und des Bleiweißes behebende Einschränkung der Verwendung des weißen Phosphors und des Bleiweißes herbeizuführen, und die den Gebrauch des Bleiweißes soweit als möglich unterdrücken soll. Das Bureau soll dahin wirken, daß die Staats- und Gemeindebehörden bei den von ihnen zu vergebenden öffentlichen Arbeiten die Verwendung des Bleiweißes gänzlich verbieten.

Versammlungs-Berichte.

Alle. In diesem hiesigen Orte sind die Herren Handwerksmeister gesonnen, eine eigene Krankenkasse zu gründen. Zu diesem Zwecke halten sich vor einigen Tagen ca. 50 Herren eingefunden, um über diese Sache zu diskutiren und wurde auch gleich eine Kommission zur Statutenberathung gewählt. Um nun auf diese drohende Gefahr aufmerksam zu machen, hatte sich in unserer letzten Mitgliederversammlung vom 28. d. M. Genosse Welker als Arbeitnehmervertreter der Ortsfrankenkasse eingefunden. Er führte u. a. aus, daß die Herren geringere Beiträge als die Ortsfrankenkasse, dafür aber auch geringere Leistungen einführen wollten. Was das für ein enormer Schaden für die Mitglieder sei, wurde eingehend erläutert. Ferner wollten die Herren Meister nicht mehr mitmachen, weil der Vorstand aus lauter Parteigenossen bestehet und dieselben eine schärfere Kontrolle eingeführt hatten wodurch die Herren nicht mehr ihre alten Manöver so ausführen könnten als früher. Ferner war beschlossen worden, daß in der Ortsfrankenkasse die Familienunterstützung eingeführt werden sollte, weswegen die Beiträge um $\frac{1}{2}$ p. Bt. erhöht werden sollten. Die Angst davor, einige Pfennige mehr zu bezahlen zu müssen, treibt sie nun, selber eine Kasse zu gründen. Gobann wurde das Verhalten des Malermeisters Mühlmann einer scharfen Kritik unterzogen. Selbiger ist Vorstandsmitglied der Ortsfrankenkasse und hat die Befprechung zur Gründung einer Handwerkerkasse mit einberufen. Im Jahre 1890/92 hatte schon eine Handwerkerfrankenkasse

bestanden, die aber eingehen müste, da infolge Unmöglichkeits-
der Zustände die Krankheitsfälle sich rapide steigerten und
schließlich kein Geld mehr da war, um die Leistungen zu
erfüllen. Nun war Mühlmann ein warmer Befürworter,
dass die Kasse an die Ortskrankenkasse angeschlossen
wurde. In den letzten bisjährigen Vorstandssitzungen
wurde nun die Familienunterstützung beschlossen und war
Mühlmann selber sehr dafür. Und heute beruft er eine
Versammlung ein, um eine andere Kasse zu gründen, unter
dem Vorwand, dass es im Vorstand der Ortskrankenkasse nicht
mehr auszuhalten sei. Dieses Verhalten wurde von den
Kollegen aufs Schärfste verurtheilt und wurden die Kollegen
aufgefordert, die Augen aufzuhalten und ganz energischen
Widerstand gegen Anschluss an die geplante Kasse zu führen.

C h a r l o t t e n b u r g Der hiesige Gehülfenausschuß hatte kürzlichst eine öffentliche Versammlung einberufen, um Bericht über die am 1. Oktober d. J. neu eingetretenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu geben. Diese Aufgabe erlebigte in längeren Ausführungen der Altgehülfse, Kollege Clemming. Auf die Ausführungen desselben in bezug auf den Tarif glauben wir nicht näher eingehen zu brauchen, da dieselbe in Nr. 38 dieser Zeitung veröffentlicht steht. Nur sei bemerkt, daß der Redner das Verhalten der „Lokalorganisierten“ in ganz berechtigter Weise kritisierte. Wenn gesagt wird, die Kommission habe mit ihren Abmachungen die gesamte Geschäftsschaft schmähschäflich verrathen, so sei dies eine Fiktion. Unter den gegenwärtig gegebenen Verhältnissen habe sich in Abrechnung der ganzen Sachlage nicht mehr erreichen lassen. Wie können immerhin mit dem Erreichten einigermaßen zufrieden sein; nur vergessen wir das nicht, daß immer und immer wieder darauf hingearbeitet werden müsse, sämtliche Berufskollegen unserer Vereinigung einzuführen. — In der folgenden Debatte verurtheilten die Kollegen Mähle, Scheuerbrandt und Griesmeier ebenfalls die Kampfesweise der Lokalorganisierten und ermahnten die anwesenden nichtorganisierten Kollegen der Vereinigung beizutreten. — Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im „Rößchause“ tagende öffentliche Versammlung der Maler und verw. Berufe, Charlottenburgs spricht der Lohnkommission der Gehülfen sowohl auch den Gehülfenausschüssen Berlins und der Zwecke ihr größtes Vertrauen aus und vertröstet in ganz entschiedener Weise das in letzter Zeit beliebte Vorgehen der lokalorganisierten Kollegen Berlins und Umgegend betreffs unseres Lohn- und Arbeitstariffs“. — Am nächsten Pünktle wurde die Frage der Benützung des hiesigen städtischen Arbeitnachweises von Seiten der Meister und Gehülfen, weil im Statutorium desselben zur Zeit Differenzen wegen der Streitklausel bestehen, auf eine nächste Versammlung verschoben, in der die Arbeitsnachweisfrage dann gründlich besprochen werden soll. Am „Verschödernen“ wurde getügt, daß bei der Firma Bensisch in Schöneberg wegen des 5 Uhr-Feierabendschlusses am Sonnabend dafür nur eine $\frac{1}{2}$ stündige Mittagspause an diesem Tage festgesetzt ist.

Mainz. Im Lokale „Zur Wanz“ fand am 23. Sept. unsere Monatsversammlung statt, welche troh der interessanten Tagesordnung leider nur von 52 Kollegen besucht war. In der Hauptsache handelte es sich um einen Vortrag des Herren Dr. Schmidt über: „Die Bleivergiftung in unserem Berufe und die Beihilfe derselben“. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Kollege Leisinger bekannt, daß wir am 1. Okt. mit der Zunung in Verbindung treten beließs Abschluß unseres Tariffs. Zu diesem Zwecke sei es nothwendig, eine auverlässige Statistik in Händen zu haben, um die verzeitliche Lage der Gehülfen in den einzelnen Werkstätten zu wissen. Deshalb sollen Fragebögen ausgeheilt werden und sei es Pflicht eines jeden Kollegen, denselben gewissenhaft auszufüllen. Darauf führte Herr Dr. Schmidt etwa Folgendes aus: Das Thema seines Vortrages sei sehr schwierig und auch schwer löslich. Jeder Arbeiter, welcher mit Blei zu thun habe, sei einer Vergiftung ausgesetzt. In den Hüttentrieben sei schon der Anfang der Bleivergiftung zu fühlen und so ging es stufenweise weiter bei der Verarbeitung und Verührung dieser Bleierzeugnisse. Zu den Arbeitern, welche mit am meisten der Vergiftung ausgesetzt seien, wären in erster Linie die Maler, Tüncher, Lackirex und Anstreicher zu rechnen. Trockene, bleihaltige Substanzen, welche durch Atmung in den Körper gelangten, seien in unserem Gewerbe sehr häufig, die akuten Bleivergiftungen dagegen seltener. Für uns kämen aber die chronischen Bleivergiftungen sehr in Betracht. Dieselben könnten jahrelang im Körper herumgetragen werden, ohne daß der Arbeiter ein Wissen davon habe. Es wäre sehr ratsam, wenn der an Bleivergiftung leidende Arbeiter sobald wie möglich dem Beruf den Rücken kehre, um dadurch der Gefahr zu entrinnen, jedoch käme es auch bei Abgang vom Berufe noch vor, daß ein Rückfall von Bleivergiftung eintrete. Die Wirkung des Bleies, welches der Körper aufgenommen, sei am ersten im Magen, sowie in den Gebärmutter zu spüren. Hinzu trete dann das Zittern der Nerven und Glieder, welches sehr schmerhaft sei, Appetitlosigkeit, sowie der graue Bleiansatz an den Zähnen und am Zahnsfleisch. Durch den geschlechtlichen Umgang sei konstatiert, daß es sogar ansteckend wirke. Die Stuhlderstopfungen (Kolik genannt), seien die Hauptempfindungen der Störung und eine auffallende Mattigkeit sei das Symptom, daß der Körper eine gewisse Menge Blei aufgenommen habe. Nach näherer Beschreibung der Kolik und ihrer Behandlung meinte Nebner, würde es sehr ratsam sein, von der Medizinbehandlung abzulassen. Vor dieser Dingen sei es ratsam vor den verschiedenen Wahlbezirken

allen Dingen sei es nöthig, vor den verschiedenen Mahlzeiten sich einer gründlichen Reinigung zu unterziehen. Die Hände ganz besonders zu säubern und die Fingernägel mittelst einer Bürste zu behandeln. Wenn möglich nach jedem Tagetwerk ein ganzes Bad, mindestens aber zweimal in der Woche Brausebäder zu nehmen, da dieselben von großer Wirkung und Wichtigkeit seien. Da bei unserem Handwerk eine peinliche Sauberkeit sehr nöthig, müßten von Rechts wegen obligatorische Bäder eingerichtet werden. Bei Ausfallen der Bäder sollte man öfters ganze Abwaschungen vornehmen. Das Essen in frisch gestrichenen Räumen sei auch sehr nachtheilig und sollte streng vermieden werden, ebenso sei für genügende Ventilation der Ess- und Arbeitsräume zu sorgen. Der Staub müsse vor allen Dingen vermieden werden. Hauptfachlich handle es sich um den Schleifstaub von frisch gestrichenen Oelfarben mittelst Glasspapiers oder Stein, da derselbe sehr gefährlich sei. Die eintretenden Schmerzen führten meistens die Kollegen irrtümlicherweise auf Rheumatismus zurück. Es vergehen Monate und Jahre, bis die Lähmungen wieder beseitigt seien, denn die ganzen Streckmuskeln seien total gelähmt und die Aussichten auf ganze Wiederherstellung äußerst selten. Sogar Blindheit, wenn auch äußerst selten, sei auf Bleivergiftung zurückzuführen. Zum Schluß seines hochinteressanten Vortrages machte er noch ganz speziell auf die Naturheilbäder aufmerksam, welche in Luft-, Licht-, Wasser- und Sonnenbäder beständen und speziell für unseren Beruf sehr heilsam seien. Nach einer durchgreifenden Diskussion, an der sich sehr viele Kollegen beteiligten, wurde folgende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß durch die Bleiweißverarbeitung und die dadurch hervorgerufene Blei-

vergütung jeder Kollege der ständigen Gefahr ausgesetzt ist, sich vorübergehend oder dauernd allerlei Krankheiten gesundlicher Natur zu ziehen, schwerer Schwächung, daß durch Nichtbeachtung der Verhüllungsbestimmungen die Gefahr noch verschärft wird, bestreut die heutige Versammlung der Tüncher, Mäler und Läger der Gesellenausschüsse, geeignete Forderungen zur Einschränkung der Bleiweissverarbeitung und Einrichtung von Verhüllungsmaßregeln auszuarbeiten, sowie die Forderungen an die Zulassung einzurichten und dieselben zu vertreten, damit endlich dieser unheimliche Berufskrankheit ein Datum gesetzt wird." Dem Herrn Referenten wurde allgemeine Anerkennung gezollt und ihm der Dank der Versammlung ausgesprochen.

Mitteilungen. Am Mittwoch den 17. September tagte im Restaurant Müllerbad in der Hans-Sachs-Straße eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Mäler, Lackiere und Anstreicher. Die Tagesordnung lautete: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Als Referenten waren die gelegentlich des sozialdemokratischen Partikulärs als Delegierte anwesenden Kollegen Mackl-Nürnberg, Atlob-Karlsruhe und Berger-Frankfurt erschienen. Der erste Referent, Kollege Mackl, erörterte einleitend die Zustände der Handwerksgehilfen unter dem Rauftrichter des grauen Mittelalters, um dann die Entwicklung der freien Gewerkschaften, sowie auch die der hiesigen Männer'schen und der christlichen Gewerkschaften in interessanter und klarverständlicher Weise zu schildern. Sodann führte Referent den Werth der modernen Zentralorganisationen den Anwesenden überzeugend vor Augen und schloß mit dem Appell, sich an Regensburg ein Beispiel zu nehmen, wo von 105 dort beschäftigten Kollegen 103 organisiert sind. Stärken wir unsere Organisation, um vereint unsere Bemühungen zu verstetigen. Der zweite Referent, Kollege Nöhl, beleuchtete die Estellung der verschiedenen politischen Parteien gegenüber den Gewerkschaften, sowie die kulturelle Bedeutung der allgemeinen Arbeiter- und Spezialist der Gewerkschaftsbewegung. Er erläuterte weiter das Wesen der Tarifverträge und schloß mit der Aufforderung an die Versammelten, soweit dies jeht nicht geschehen, sich dem Verband der deutschen Mäler usw. anzuschließen. Die Worte der Redner weckten begeisterten Beifall. In Anbetracht dieser beiden vorzüglichen Referate verzichtete der dritte Referent aufs Wort, um sich dafür an der Diskussion zu beteiligen. Nach einer Pause nahm in der Diskussion Kollege Ehrenbergfeld das Wort, um, gestützt auf eigene, langjährige Erfahrungen, gegen die christlichen Gewerkschaften zu polemistieren. Keine getoete weiter an tretenden Beispielen, wie sehr auch unsere Kollegen es nötig hätten zur Überwindung großer Hindernisse einig zusammenzutun und mit allen Kräften sich zu beteiligen am großen Emanzipationstypf der Arbeiterklasse. Auch diese humorvollen Reden fanden reichen Beifall. Kollege Berger-Frankfurt a. M. wies unter Anderem auf die Forderung eines Minimallohnes, sowie auf die Bedeutung der gewerkschaftlichen Statistik hin und empfahl den organisierten sowie auch den unorganisierten Kollegen, die von der hiesigen Filiale in Umlauf gesetzten Fragebogen zur Feststellung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses gewissenhaft auszufüllen, um Material für die bevorstehenden Verhandlungen mit der Zwangsmündung zwecks Vereinbarung eines Lohnarifes zu erhalten. Auch diesem Redner wurde reicher Beifall zu Theil. Nachdem sich mehrere Kollegen an der Diskussion beteiligt hatten, wurde noch eine dritte Diskussion gehalten auf die deutsche Mälerbewegung, in daß die Kollegen begeistert einstimmten, um 12½ Uhr geschlossen.

Mitteilungen. Am Restaurant "Hopfenblüthe" tagte am 21. September eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Müller-Leipzig über "Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation" referierte. Stebner schilderte die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten und zeigte, daß die Organisation für den Arbeiter eine Notwendigkeit geworden ist. An den beispielhaft aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhafte Debatte, in der die örtlichen Verhältnisse scharf kritisiert wurden. Bei einer elf- und größtenteils zwölfstündigen Arbeitszeit werden Stundenlöhne von 20-35 Pf. geahnt. Wenn man berücksichtigt, daß hier fast jeder Kollege längere Zeit im Jahr arbeitslos ist, kann man ermessen, welch ein "horrende" Jahreseinkommen ein hiesiger Mälergehilfe hat. Auch die Lehrlinge werden in einer unerhörten Weise ausgebeult. So wurde eine Werkstatt genannt, in welcher dieselben, nachdem sie im Sommerhalbjahr bei übermäßig langer Arbeitszeit gehörig ausgebautet worden sind, im Winter einfach nach Hause geschickt werden. Trotzdem also unsere Lage noch recht verbessert bedürftig ist, giebt es leider noch viele Kollegen, welche uns fernstehen und sich in anderen Vereinen und Vereinchen wohl fühlen. Müden auch diese bald die Bedeutung der Organisation erkennen und gemeinsam mit uns für eine Befestigung der bestehenden Mitgliedschaft eintreten. Als Vertrauensmann für den abgehenden Kollegen Wittich wurde Kollege P. Michaelis gewählt. Zu Reden wurden Friedrich und Roth ernannt. Ferner wird eine dreigliedrige Kommission, bestehend aus den Kollegen Scheffler, Keil und Seidel, verpflichtet, am Orte eine wirksame Agitation in die Wege zu leiten.

Schierstein. Am 20. September fand eine gut besuchte Versammlung der hiesigen Kollegen im "Deutschen Hof" statt. Kollege Zimmermann aus Frankfurt referierte über: "Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung" und ging zum Schluss näher auf die Aufforderung ein. Folgende Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen: "Die heutige Versammlung der Berufskollegen von Schierstein verurtheilt auf das Entschiedenste die Aufforderung und ganz besonders das sogenannte Zwischenmeistersystem, weil es dazu angeht, die Interessen der Arbeiter zu schädigen und die von den Arbeitern selbst errungenen Löhne zu drücken. Von dieser Erwägung ausgehend beschließt die heutige Versammlung, ihr besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung der Aufforderung zu richten."

Stettin. Eine öffentliche Versammlung, die sich mit dem Lohnarife resp. mit der Frage der Kündigung desselben zu befassen hatte, tagte am 26. September im Hotel "Stettiner Vereinshaus", Carl Möws. Zunächst hielt Kollege Tobler-Hamburg einen beispielhaft aufgenommenen Vortrag über "Korporative Arbeitsverträge". In seinen leichtverständlichen Ausführungen schloß der Redner den Werth und die Bedeutung solcher Verträge für die Arbeiter. Sind auch in Beilen der Prospekte erzielt worden, so waren es doch nur Augenblickserfolge, denn niedergehende Geschäftsjunkitur, spätere Krisen usw. wurden nicht beachtet, die Wirkung der Organisation wurde außer Acht gelassen, so daß das Errungenen bald wieder verloren ging. Viele schwere Kämpfe sind mit dem Unternehmerthum ausgeschlagen um einen Minimallohn, denn eine Grenze des Lohnes nach unten ist unbedingt notwendig, nicht nur im Interesse des Einzelnen, sondern des ganzen Gewerbes. Wesentlich wird in Verbindung mit einer Festlegung dieses Lohnes auf eine bestimmte Zeit der willkürliche Aushebung des Einzelnen

vorangeht und der Geschäftsjunkitur ein Riegel vorgeschoben. Mehe oder weniger günstige Vereinbarungen zu schaffen und diese streng innerzuhalten, liegt, abgesehen von der jeweiligen Geschäftsjunkitur, an der Organisation der Arbeiter; darum ist die Stärke und Erhaltung dieser der wichtigste Faktor. Nur durch eine gute Organisation, gute Verhältnisse! Den Harmoniebund laufen bei Abschlüssen von Arbeitsverträgen keine Rüde sein; Lohnkämpfe werden wie noch so lange haben, wie wir ein kapitalistisches Ausbeutungssystem haben. Redner geht alsdann auf die hiesigen Lohnverhältnisse (10-12 Minimallohn bei 9½ Stunden Arbeit) näher ein, welche einer Großstadt wie Stettin nicht entsprechen. Wäre die Konjunktur eine halbwüchsige, so würde der bestehende Tarif ruhig gestündigt werden, die Organisation am Orte sei ziemlich gut. Nach einigen guten Ratshilfen und nochmal auf den Werth einer guten Organisation hinzuweisend, schließt der Redner seinen Vortrag. In der nun folgenden ziemlich lebhaften Diskussion sprechen die meisten Redner für Kündigung des bestehenden, den Verhältnissen in keiner Weise entsprechenden Tarifs. Ein in diesem Sinne gestellter Antrag wird einstimmig angenommen. — Der am 1. April 1903 ablaufende Tarif wird also zum 1. Oktober gestündigt und ist somit der erste Schritt, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten, gelöst. An den Kollegen in erster Linie wird es liegen, daß dieselben möglichst günstig sich gestalten. Darum auf, Kollegen, auf die Arbeit!

Gewerkschaftliches und Soziales.

— In Koswig sind 140 Töpfer in den Ausstand getreten. — Die Lohnbewegung der Berliner Bauarbeiter hat mit einer Einigung, die zwischen Gesellenausschuss und Zulassung stattfand, endet. Es wird ein Staffeltarif von 45, 50 und 55 Pf. bestimmt; in der Frage des Arbeitsnachweises steht dem Gesellenausschuss jederzeit die Kontrolle zu. Aufforderung soll bestehen bleiben, doch darf kein Gefälle, der dieselbe verweigert, entlassen werden; über alle Streitigen Punkte sollen Kommissionsberatungen stattfinden und entscheiden.

— In Bochum und Saarbrücken sind die aufgestellten Gewerbegehilfskandidaten der freien Gewerkschaften gewählt worden, von unseren Kollegen in Saarbrücken Kollege Peter Klan.

— Die zum Chef der in Steinhausen einen beschäftigten Arbeiter vom Bundestrath erlassenen neuen Bestimmungen sind am 1. Oktober in Kraft getreten. — Zum Sekretär des Centralarbeitersekretariats wurde Robert Schmidt-Berlin und zum Bureaubeamten Gustav Bauer-Berlin vom Gewerkschaftsausschuß am 26. September gewählt. Insgesamt waren 104 Bewerbungen eingegangen, 16 für den Posten des Sekretärs und 88 für den des Bureaubeamten.

— Bei der Hamburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft wurden im September dieses Jahres 314 Unfälle gemeldet, darunter 3 Todesfälle; insgesamt in den ersten neun Monaten dieses Jahres 1832 Unfälle mit 24 Todesfällen. Die Gesamtzahl der entstochigten Unfälle betrug 293.

— Wie man in Schlesien seitens der Geistlichkeitagitier treibt, darüber wird uns aus Oppeln berichtet: "Der Tischler H., der geistlich seiner Hochzeit zur Weite ging, wurde von seinem Weihvater nicht nur über die wirtschaftlichen Verhältnisse befragt, sondern auch nach seiner Organisationszugehörigkeit. Hier gestand er nun, daß er dem Deutschen Holzarbeiterverband angehört, worauf ihm der Geistliche eindringlich ins Gewissen redete und ihm das Versprechen abnahm, aus dem Holzarbeiter-Verband auszutreten und innerhalb 14 Tagen sich zum Eintritt in die katholische Gewerkschaft bei einer genau bezeichneten Stelle, einem Meister, zu melden. Glücklicherweise ist diese geistliche Beeinflussung zwecklos gewesen, aber wer weiß in wie viel anderen Fällen diese Aufforderung von Erfolg war?" — Wenn die katholischen Seelsorger in den Weihnachtsbüchern auf solche Weise ihre Schäfchen zu behüten suchen, brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn immer mehr von der "Mutter Kirche" nichts wissen wollen.

— Zahlreiche Berichte der Arbeitersekretariate und Gewerkschaftsarbeiter. Folgende Jahresberichte deutscher Gewerkschaftssekretariate für 1901 liegen uns zur Einsicht vor: Von Altenburg der dritte Jahresbericht, von Bremen der zweite, von Gera der erste, von Frankfurt a. M. der dritte nebst Jahresbericht des Gewerkschaftssekretärs und einer Abhandlung: Die Rechte der unehelichen Kinder, von Halle a. S. der zweite nebst Bericht des Kartells, von Hamburg der zweite und der fünfte Bericht des Gewerkschaftssekretärs, von Hannover der zweite, von Kiel der erste, von Köln der erste nebst einem Bericht über die Gewerkschaftsbewegung in Köln, von Mainz der vierte und Geschäftsbuch des Gewerkschaftsvereins Mainz, von Nürnberg der siebente nebst einem Anhang: Die Arbeitslosenzählung am 19. Januar 1902, von Stuttgart der fünfte nebst Geschäftsbuch des Vorstandes der vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts, von der Berliner Gewerkschaftskommission nebst dem Ergebnis der allgemeinen Arbeitslosenzählung von Berlin und Umgegend am 1. Februar 1902. Mit vieler Mühe und Aufopferung an Zeit ist in diesen Berichten ein wichtiges Material zusammengetragen, das uns über die Thätigkeit dieser von Arbeitern errichteten und unterhaltenen Institute Auskunft gibt. Wir können hier nicht näher auf den wichtigen Inhalt der einzelnen Jahresberichte eingehen, das für unseren Beruf interessante Material haben wir gelegentlich bei einzelnen Berichten schon leichtweise verwertet. Für jeden, der die Arbeiterbewegung kennen lernen will, bietet sich da eine interessante Lektüre, die zugleich belehrend für den ist, der über seine Rechtsansprüche Aufklärung sucht.

Mit Recht schreibt der "Vorwärts", daß man ruhig behaupten kann, einige dieser Berichte können gut den Vergleich mit den besten Berichten der Fabrikinspektoren aushalten, ja, eine sehr treffliche Ergänzung zu diesen bilden, denn nahezu unbegrenzt ist das Gebiet des Rechts und der sozialen Fürsorge, dem die Arbeitersekretariate ihre Thätigkeit widmen, so vielseitig, daß jeder Unbefangene erstaunt sein muß, mit welchem Fleiß die Leiter dieser Bureaus, die ohne Ausnahme dem Arbeiterstand angehören, sich zur Beherrschung dieser schwierigen Materie die nötigsten Kenntnisse angeeignet haben. Die enge Führung, die die Sekretariate mit den Arbeitern unterhalten, das Vertrauen, das ihnen von der Arbeiterschaft entgegengebracht wird, muß ganz natürlich andere Beobachtungen zeitigen, als sie der Fabrikinspektor aufnimmt. Hier im Bureau des Arbeitersekretärs konzentriert sich alles, was der Arbeiter an Ungerechtigkeit, Plakat und Beschwerde empfindet, und die Bekanntgabe wird der beste Förderer zum Besserer sein. Die meisten Mitglieder weist die Berliner Gewerkschaftskommission auf, der 73 Gewerkschaften mit 93 562 Mitgliedern angeschlossen sind. Es

haben sich seinit die Berliner Gewerkschaften trotz der gerade für Berlin sehr ungünstigen Arbeitsverhältnisse auf der Höhe ihrer Mitgliederzahl gehalten. Unter den Organisationen, die einen Zuwachs aufweisen, gehört auch unsere Verbindung.

Verschiedenes.

— Von den vor Johannis auf den Wänden der Halle kontrollierten Gaume in Frankreich entdeckten farbigen Reliefs in den Säulen sind sechs Abbildungen von Capital und Brüder der Pariser Akademie vorgelegt worden. Drei davon stellen Bisons dar, zwei andre zeigen Pferde und auf dem jüngsten Bild sind zwei sehr scheue Steinböcke wiedergegeben, die anscheinend zum Kampfe, die Aale gegen einander werden. Nach einer thermischen Unterbindung Moissans bestehen die rothen Farben, mit denen die Figuren bemalt sind, aus einem Eisenoder, der nur soviel Wärme enthält, die schwarzen aus Manganoxyd mit einem bestimmten Gehalt von Eisenoxyd.

Arbeiterversicherung.

Eine Reichssteuer für Arbeiter ist die Invalidenversicherung, sofern der Versicherte aus dieser Versicherung keine Rente bezogen hat. Das Letztere wird bei den vielen Millionen Versicherten in den weitauß meisten Fällen der Fall sein, und gerade in diesem Falle haben die Hinterbliebenen das Recht, sich die Beiträge, die der Versicherte selbst gezahlt hat, zurückzuerlassen zu lassen. Schon jetzt hat die Summe für diejenigen Arbeiter, die seit Anfang der Versicherung Beiträge gezahlt haben, eine anständige Höhe erreicht. Wohl die meisten Arbeiter haben die höchsten Beitragsmärkte zu 10-12 Pf. geleistet, gleich 15-17 wöchentliche Beitragsleistung. Bis zum Ende dieses Jahres (1902), nach elfjährigem Bestehen dieses Gesetzes, macht dies aber schon die Summe von 55.890 Pf. aus, was ausgesetzt, daß der Versicherte sich stets in versicherungsfähiger Beschäftigung befindet hat. Wenn nun zur ein Arbeiter vierzig Jahre Beiträge in diese Kasse gezahlt hat, und das wird später noch vielfach der Fall sein, so würde der Betrag für die Hinterbliebenen die Summe von 112 Pf. ausmachen. Jetzt, wo sogar 25 Pf. Kosten geteilt werden, ist das Verhältnis noch höher. Auf eines sei hierbei: es ist nämlich die Hauptaufgabe — aufmerksam gemacht. Es werden die Beiträge nicht freiwillig, sondern auf Antrag zurückgestellt, und zwar muß der Antrag innerhalb eines Jahres nach dem Ableben des Versicherten gestellt sein. Berechtigt zur Antragstellung sind die Witwen und noch unter 15 Jahre alten Kindern. Die Ansprüche werden bei der unteren Verwaltungsbörde geltend gemacht.

Eingesandt.

Dass in den meisten Städten noch große Nebelstände vorherrschen, ist bekannt. Ein kleines Bild von Halle: Hier ist das Verhalten der organisierten und nicht organisierten Kollegen höchst bedauerlich. Den freien, zugereisten jungen Kollegen wird eingepackt, nicht unter dem Lohn von 45 Pf. pro Stunde zu arbeiten. (Der Lohn von 45 Pf. ist zwar nicht schriftlich anerkannt, aber es soll darauf gedrungen werden, und das mit Recht; ein Tarif hängt, soweit ich weiß, nicht aus.) Wenn man die Kollegen fragt: Was bekommt Ihr die Stunde? so erhält man die Antwort: 40-42 Pf., ja noch weniger. Und fragt man die Kollegen: Warum arbeitet Ihr dafür? so sagen sie einfach: Die anderen Kollegen arbeiten auch unter 45 Pf. So sieht es auch mit der Sonntags- und Überstundenarbeit; da wird fest brauslos geschustert (denn gewöhnlich muß man bei Sonntags- und Überstundenarbeit mehr leisten, als in den Stunden an Werktagen). Und fragt man so einen Kollegen, was es für Sonntags- und Überstundenarbeit mehr gibt, so sagen diese: Die alten Kollegen arbeiten auch ohne Ausschlag! Ja, sogar Sonntags bis 6 Uhr. Ja, Kollegen, wenn du noch Organisierte machen, was soll man von den Nichtorganisierten sagen. Wenn man die Kollegen aufmerksam macht auf solche Misshandlung, so kommt man schön an. Kollegen, wenn das so weiter geht, so kommen wir rückwärts, statt vorwärts und die Krauter drücken uns noch mehr! Natürlich, so lange die große Masse gleichgültig dahin vegetiert, haben die Kollegen am eigenen Verleben den Schaden zu spüren. Nur Einigkeit führt zum Ziel! Darum, Kollegen, sage keiner: Ich kann es allein nicht machen!, das weiß auch der Schreiber dieser Zeilen; aber alle, alle zusammen, die können es machen. Wie ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Fühlt Euch mit den übrigen Kollegen eins! Allgemein sind die Klagen über den geringen Verdienst, welcher Euch zu Theil wird. An Euch nur liegt es, die Zustände abzuschaffen, wenn heute noch so traurige Zustände existieren! Sagt nicht: Ja, wenn der oder der nicht im Verband wäre, ginge ich auch hinein. Das ist eine faule Ausrede, um die sich so mancher herumdrückt. Jeder muß sein Scherstein mit beitragen, wenn es gilt, bessere Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Die Person spielt eine untergeordnete Rolle, die Sache geht über alles. Wenn jeder seine Pflicht thut, werden auch die Früchte der gemeinsamen Arbeit nicht ausbleiben. Jeder sei eingebettet des Spruches:

Großes Werk gebeilt
Nur durch Einigkeit!

M. St.

Berichtigung. Das in voriger Nummer aus Düsseldorf veröffentlichte "Eingesandt", wonach ich in einer Versammlung in Nachen die christliche Organisation als eine Streitbrecherorganisation benannt habe, beruht auf Unwahrheit. Ich habe dieselbe eine "Konkurrenzorganisation" genannt und dies durch ihre Gründungsgeschichte bewiesen. Der Verfasser des in Nr. 35 des "Christlichen Gewerkschaftsblattes" enthaltenen Berichtes aus Nachen, woraus die Düsseldorfer die angebliche Neuerung geföhpt haben, hat das Eigentümliche Geschreibsel wohl deshalb veröffentlicht, um sich auch einmal bekannt zu machen. Ich werde gelegentlich mit dem "sauberen" Kollegen abrechnen, befürchte nur, daß er dazu zu feige ist. Otto Büchel.

Litterarisches.

Manfred Wittich. Ein Lebens- und Charakterbild. Dem deutschen Proletariat gewidmet von A. R. mit Porträt 20 Pf. Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, Langstr. 27. Der Verfasser, ein treuer Verehrer des Proletarien, sucht in der gut ausgestatteten Schrift ein Bild von dem Werden und Werdern des unermüdlichen Agitators zu geben. Die Absicht ist ihm auch gelungen.

Briefkasten.

Halle. S. In der nächsten Nummer wird zur erwähnten Bekanntmachung eine nähere Begründung erfolgen.

Vereintheil.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der für das Jahr 1903 erscheinende Maler-Kalender wird Mitte Oktober zur Ausgabe gelangen und ersuchen wir die Verwaltung um rechtzeitige Bestellung. Betreffs des Preises und des Inhaltsverzeichnisses verweisen wir auf die Annonce.

Die Neuwahl der Filialverwaltung Erfurt sowie die Erstwahlen der Filialen Cottbus, Plauen, Bleidenstadt, Thon, Ilmenau, Lüdenscheid werden hierdurch bestätigt.

Nachstehende Filialen haben trotz allen Bekanntmachungen und Anforderungen nicht für nötig gehalten, die zur Aufstellung der Arbeitslosenstatistik nothwendigen Fragebogen einzusenden. Wir fordern nun nochmals die sämigen Verwaltungen auf, innerhalb 8 Tagen diesem nachzukommen, widrigfalls die fehlenden Orte aus der der nächsten Generalversammlung zu unterbreitenden Arbeitslosen-Statistik in Wergass kommen: Aachen, Cassel, Chemnitz, Coblenz, Colmar, Crefeld, Danzig, Darmstadt, Delmenhorst, Elberfeld, Frankenthal, Fürth, Gelsenkirchen, Greiz, M.-Gladbach, Hannover, Herne, Hof, Jügesheim, Karlsruhe, Kelsterbach, Krenzach, Liegnitz, Linden b. Hannover, Oggelheim, Oldenburg, Plauen, Reichenbach, Remscheid, Rhindt, Riesa, Rudolstadt, Saalfeld, Schwerdt, Sest, Stuttgart, Vilbel, Weimar, Werda, Witten, Winden, Würzburg, Wurzen, Zeulenroda.

Der Vorstand.

Quittung.

Vom 30. September bis zum 6. Oktober ging bei der Hauptkasse ein: Langenselbold Mk. 131.53, Coburg 106.96, Solingen 153.96, Altona 262.37, Regensburg 327.86, Braunschweig 500.— Ilmenau 32.06, Eisenach 32.70, Darmstadt 1000.— Siegen 68.85, Böhl 33.85, Lahe 65, Glauchau 126.72, Döbheim 326.79, Birkenfeld 56.00, Amberg 12.65, Eingen 66.95, Böhn. 6387.9 1.05, Bdm. 715.25, Münster 6.90, Friederoda 46.39, Bdn. 48614 4.55, Berlin 1.800, Gmünd 83.71, Konstanz 106.37, Nambach 157.98, Böhn. 55381 4.85, Bdm. 5871 2.75, Böhn. 6.1552 3.95, Echn. 42205 2.55, Bdm. 52122 4.55, Döbheim 7.62, Crefeld 197.26, Cassel 176.50, Baden-Baden 39.95, Nowawes 168.17, Augsburg 50.23, Neustadt 90.68, Bochum 150.—, Schw.-Hall 39.02, Görlich 255.67, Flensburg 94.05, Hörst 125.46, Frankfurt 800.—, Potsdam 285.27, Luckenwalde 71.73, Plauen 192.82, Rue 50.70. Buschf. wurde abgeändert: Posen (Agl. Rom.) Mk. 30.—

Berichtigung. In der Quittung über eingegangene Krankenscheine Nr. 38 muß es statt Wiesbaden 10.30 11.— heißen.

Die Filialvorstände werden ersucht, die Abrechnung und Gelder vom 3. Quartal spätestens bis 13. Oktober einzusenden.

H. Wentker, Kassirer.

Anzeigen.

Filiale Stuttgart.

Montag, 13. Oktober, Abends 8 Uhr,
im "Gewerkschaftshaus", Ehlingerstr. 19

Vortrag von Hrn. Dr. Gottschalk

Thema: Berufskräfte und ihre Verhältnisse.
Um 12. Oktober von Nachmittags 1/2 Uhr ab

Rekruten-Abschied

im "Gewerkschaftshaus".

Bahreiches Eisheinen erwartet

M 225

Die Ortsverwaltung.

Die Filiale Ilmenau

bittet um genaue Angabe der Adresse des Kollegen Adolf Schmidt. Sein Mitgliedsbuch Nr. 37168 befindet sich in unseren Händen.

Der Bevollmächtigte.

Neu! Es erschien im Selbstverlage: Neu!

Neue Holz- und Marmor-Malereien

zum Selbstunterricht nach eigener Original-Methode.

I. Serie: "Neue Holzmalerien", nur Mk. 20.— (Von dieser Serie ist soeben die zweite vermehrte und verbesserte Auflage erschienen).

II. Serie: "Neue Marmor-Malereien", nur Mk. 22.— Hamburger Holz- und Marmor-Schule von Fr. Weiershausen, Hamburg, Lindenstr. 19. Beginn des Semesters 15. Oktober. Prospekt gratis. Porenrollen à Paar Mk. 5.—

Glomfe's Städtebuch

Reiseführer durch Deutschland und ang. Länder mit Eisenbahn- und Wegeliste, 356 Seiten, geb. M 1.20. In allen Buchhandl. zu haben oder gegen Eins. von M 1.40 bei G. Glomfe's Verlag Bielefeld.

Schule

für Decorations-, Holz-, Marmor-Malerei

Carl Nordmann,
Hamburg 30, Gümmerstrasse 123.

Vorläufige Schule zur Ausbildung von tüchtigen Dekorationsmalern.

Prospekte gratis und franko von
Peter Eiler, München, Venuststr. 42, IV. links.
Eintritt jederzeit! — Honorar monatlich 18 M.

Restaurant "Sondermann" Stiftstrasse 52,
Hamburg St. Georg.
Verkehrslokal der Vereinigung der Maler. — Zahlstelle der
Zentral-Kranken-Kasse.
Bürgerl. Mittagstisch von 12-2 Uhr
und Abends von 6-8 Uhr.

Soeben erschienen: eine Sammlung mod. Decken u. Wandstücken seit 4-10 Tafeln, M 1.50, von Gebr. Born-
don, Stuttgart. Farne und farb. Schriften, 25 Taf.
Größe: 28x35, wirklich sehr praktisch, Preis 6 M., ferner
ein kleines mod. Schriftenheft zu 80 Pfsg. Alle gangbare
Pinself als Probe 5 M. 20 Gulden 4 M. Alles zu be-
ziehen vom Verkaufsgeschäft

P. Steet, Nürnberg, Obere Wörthstr. 18.

Maler-Kalender

Achtung
Kollegen! 1903 Achtung
Kollegen!

Zum zweiten Male herausgegeben für die Mitglieder
der "Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher,
Tüncher und Weißbinder Deutschlands."

Inhalt:

- Kalendarium. — Notizen.
- Kurze Geschichte der Vereinigung der Maler u. c.
- Kort mit dem Weltweit.
- Lohntarife.
- Krantenzuschuß-Neglement.
- Geschäftsordnung für Versammlungen.
- Ein Kapitel aus dem Gewerbegerichtsgesetz.
- Reichstagewahlrecht.
- Sozialdemokratie-Stärke. (Nach Provinzen geordnet).
- Porträts Bernsteins, Ledebours und Grünenbergs (Der neu gewählten Abgeordneten).
- Die Haupthebung der Wehrordnung (Gesetzungspflicht, Erfahrsreserve, Kontrollversammlung, Landwehr u. c.).
- Adressen der Gewerkschaftsverbände, Arbeiter-Selbstariate, Gewerbe-Inspекторen.
- Streitabelle, Gewerkschaftsleistungen, Annahmen der Gewerkschaftsorganisationen u. dergl.
- Einwohnerzahl und Militärlisten.
- Deutsche Großstädte, Einwohnerzahl und ortsüblicher Tagelohn.
- Wie Füsten bezahlt werden.

Der Preis des Kalenders beträgt pro Exemplar 50 Pfsg. Bei Kartbezug von 10 Exemplaren wird den Verwaltungen der Filialen das Stück zu 45 Pfsg. verrechnet, so daß 5 Pfsg. für Postporto gekostet verbleiben.

Der Vorstand.

Vorlagen

für Dekorat.-Maler

für Kirchen-Maler

für Theater-Maler

Bruno Hessling

Berlin S.W., Anhaltstr. 16/17.

Spezial-Buchhandlung f. d. Malergewerbe

An verlangte d. reich. Illustr. Katalog

Münchener Malerschule

für Holz-, Marmor- und Schriften-Malerei

von Hans Frenes, München, Augustenstraße 19.
Tages- und Abendkursus vom 2. November bis 31. März.
Ausführlichen Prospekt auf Wunsch.

Malerschule

für Holz- und Marmor-Imitation

(Stuckmarmor und Stuckositure) von A. Pritschau,
Hammerburg, (Bayern). — Gründliche, in der Praxis
bewährte Ausbildung. — Beginn des Kurses vom
1. November 1902 bis 15. Februar 1903. Prospekt gratis.

Der Dekorateur

Fachorgan d. Maler, Anstreicher, Lackirer u. verw.
Berufe Österreichs.

Redaktion und Verlag Wien VII, Kirchberggasse 24.

Selbstunterricht in der Holzmalerei!

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farben-
druck, mit leicht färblicher Anleitung, sind für den billigen
Preis von nur M 10 nur zu beziehen von

Aug. Dittmeyer, Maler, München,
Morassistraße 8, II, links.

Maler können die Vertretung übernehmen!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse

der Maler und verw. Berufsge nossen Deutschlands.

(eingeschriebene Kassen-Nr. 71.)

Bericht des Hauptkasslers vom 28. Sept. bis 4. Okt. 1902.

Lebenschäfte von den örtlichen Verwaltungen wurden
eingehandelt von Winkler-Heidelberg Mk. 100.—, Dill-
Bochum 42.15, Schiller-Charlottenburg 260.—, Lüd-
Kleinscheld 75.—, Oktin-Begesack 100.—, Adam-Spandau
100.—, Krösel-Nordhausen 200.—.

Frankengelder erhielten Böhn. 526, C. Schmidt in
Fürstenwalde a. d. Spree Mk. 12.90; Böhn. 1327, H. Kirsch
in Bergen auf Rügen 12.90; Böhn. 3719, H. Bendix in
Schwerin a. d. Warthe 25.80; Böhn. 10636, H. Küppel in
Meinersdorf bei Zeulenroda 25.80; Böhn. 11173, M.
Bartsch in Kleinen i. Mecklenburg 12.90.

Die Adresse des Obmannes des Ausschusses F.
Wardke ist jetzt: Altona a. Elbe, Möhlenstr. 108 II,
J. G. Busse, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Der "Vereins-Anzeiger" erscheint wöchentlich freitags,
für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im
Monat kostet per se für Deutschland und Österreich
1.20 M. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M.,
durch die Post bezogen 1.20 M. — Anzeigen kosten die
Gesplittete Zeitung oder deren Raum 30 M., Vereins-
anzeige 15 M., die Spaltzeitung. Der "Vereins-Anzeiger"
ist im Postverzeichnis der Reichspost für 1902 unter Nr. 7713
eingetragen.

Der heutige Nummer liegt die Nr. 38 des Korre-
spondenzblattes für die Bevollmächtigten und Ver-
trauensleute bei.

Verlag von H. Wentker, Hamburg.
Für die Redaktion verantwortlich M. Marti, Hamburg.
Druck von F. Meyer, Hamburg-Gilbeck, Friedenstr. 4.

Amoretten. Malvorlagen Blumen. Landschaften. Früchte etc.

20 Blatt M 3.—, 40 Blatt M 5.—, franko, naturgetreu
Heinr. Brühl, Hamm i. Westf., Karlstr. 5.

Photographie - Atelier

Hans Grabender, Hamburg, Steinamm 62
empfiehlt sich für sämtliche in diesem Fach
einschlagende Arbeiten.

Specialität: Platln- und Bromilber-Bergrößerungen
in künstlerischer Ausführung.

Portrait-Aufnahmen 12 Visitt u. 3 Cabinet, zusammen 6 M.
Das Geschäft ist jeden Sonn- und Feiertag ununterbrochen
geöffnet. — Mitgliedern von Vereinen, sowie Clubs
gewähre ich einen Rabatt von 10%.

MALERSCHULE zu HAMBURG
V. WILH. SCHÜTZE PROSP. GRATIS
nur ERSTE PREISE + MEDAILLEN